

# Mecklenburg-Vorpommern

## Nachrichten

### Private Pflege fordert Hilfe

**SCHWERIN** Private Pflegeanbieter im Nordosten haben staatliche Unterstützung für bessere Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten gefordert. „Wenn die Politik derzeit vor allem die Personalausstattung in den Krankenhäusern fördert, erwarten wir ähnliche Hilfestellungen, damit die Altenpflege nicht der Personal-Selbstbedienungsladen der Kliniken wird“, sagte der Landesvorsitzende des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) Michael Händel. Höhere Personalkosten der Pflegefirmen müssten durch die Politik unterstützt und durch die Kostenträger, also etwa die staatliche Pflegekasse, refinanziert werden. Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, sagte laut bpa zu, Instrumente zu schaffen, mit denen vor allem kleinere Unternehmen für Mitarbeiter attraktiver werden könnten. *dpa*

### Kein Vermerk fürs Schwimmen

**SCHWERIN** Auf den Zeugnissen von Grundschulern in MV gibt es auch künftig keinen gesonderten Vermerk zur Schwimmfähigkeit. Die oppositionelle BMV fand für diesen Vorschlag im Landtag in Schwerin keine Unterstützung. Das Schwimmvermögen der Kinder separat auszuweisen, widerspreche den Zeugnisurteilen. „Wir lösen ja auch nicht An-der-Stange-klettern, Kopfrechnen oder Singen aus den Gesamtnoten heraus“, erklärte Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD). *dpa*



Der Biber gehört zu den geschützten Arten.

Foto: Patrick Pleul/DPA

## Der Problem-Biber

Landwirte sind genervt, Wasser- und Bodenverbände verzeichnen hohe Schäden

Von Martina Rathke

**GREIFSWALD/SCHWERIN** Wegen der zunehmenden Zahl an Bibern schlägt der Landkreis Vorpommern-Greifswald Alarm. „Wir bekommen die Situation als Landkreis allein nicht mehr gelöst“, sagte Vize-Landrat Jörg Hasselmann (CDU). Er forderte das Land auf, eine für alle Landkreise verbindliche Biberverordnung zu erlassen. Außerdem sollten Biber außerhalb festgelegter Schutz-zonen bejagt werden dürfen. Durch Einzelabschüsse und Einzelfallentscheidungen sei die Situation nicht in den Griff zu bekommen. Den Schaden, den die Boden- und Wasserverbände im Landkreis ausmachen, bezifferte Hasselmann auf einen hohen sechsstelligen Betrag pro Jahr. Der Biber gehört zu den geschützten Arten. Das sei auch gut so, sagte Hasselmann.

Weil die Population der Nager aber stabil sei, müsse er außerhalb von festgelegten Schutz-zonen bejagt werden dürfen. Allein der Wasser- und Bodenverband „Untere Peene“ in Anklam hat durch Biber verursachte Schäden an Deichen und Dämmen in Höhe von rund 70 000 Euro pro Jahr ausgemacht. Dazu komme die Reparatur von Rohrleitungen, die der Verband auf 72 300 Euro beziffert. Rund 20 Prozent aller Unterhaltskosten seien durch Biber verursacht, hieß es vom Verband.

Das Umweltministerium geht einer Bestandsschätzung aus dem Jahr 2015 zufolge von landesweit 2300 Bibern aus. Hasselmann kontert: „Ich sage, es sind deutlich mehr.“ Er verwies auf Schäden an Deichen, an Bahndämmen, auf Ackerflächen und in Parkanlagen im gesamten Landkreis zwischen Penkun und Greifswald.



Mit ihren straken Zähnen können Biber Bäume fällen. Foto: DPA

Das Umweltministerium wies die Forderung nach einer Landesverordnung zurück. Eine pauschale Einflussnahme auf die Biberpopulation sei durch die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht gedeckt, sagte eine Sprecherin. Sie verwies darauf, dass das Bundesnaturschutzgesetz aber in Einzelfällen – etwa zur Abwehr erheblicher landwirtschaftlicher Schäden bei fehlender zumutbarer Alternative – eine Entnahme von Tieren zulasse.

Die vorpommersche Land-

tagsabgeordnete Beate Schlupp (CDU) kritisierte diese Position: „Das Land zieht sich aus der Verantwortung zurück.“ Für jeden Eingriff stehe ein Landkreis vor dem Problem, dass jede Einzelfallentscheidung im Zweifel gerichtlich ausgereutelt wird. „Das Land sollte zumindest definieren, welche Kriterien bei den Einzelfallentscheidungen angewandt werden müssen, damit die Kreise rechtssicherer sind.“ Schlupp befürchtet, dass die Unterhaltskosten, die den Wasser- und Bodenverbänden durch Biberschäden entstehen, auf die Gebühren umgelegt werden. In ländlichen Regionen wie Vorpommern-Greifswald seien es dieselben Menschen, die auch die Folgen der Wiedervernässung oder der Rückkehr des Wolfs tragen müssten. „Es ist so viel Frust in der Region. Die Menschen wollen Ergebnisse.“

### Weltwechselltag: Ist eine andere Welt möglich?

**GÜSTROW** Mit mehr als 80 Veranstaltungen in drei Wochen beginnen heute die Weltwechselltage 2018. In diesem Jahr dreht sich die Veranstaltungsreihe, die von rund 50 Vereinen und Initiativen organisiert wird, um die Frage: „Wohin wachsen wir?“

Wie könnte eine Wirtschaftsordnung aussehen, die nicht auf Profitmaximierung zielt, sondern Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt? Die Bandbreite der Veranstaltungen von Hagenow bis Rügen und von Rostock bis Neustrelitz reicht von Film- und Vortragsveranstaltungen über Workshops, etwa zur eigenen Herstellung von Apfelsaft oder fairer Kleidung. Der Eröffnungsvortrag zu „Postwachstum“ findet heute Abend im Güstrower Schloss statt.

„Postwachstum sind all jene Debatten, die versuchen, eine Welt jenseits unserer Wirtschaftsordnung zu finden, also

post- wie danach“, sagt **Eva Mahnke**. Die Journalistin aus MV wird den Eröffnungsvortrag halten. An der

Marktwirtschaft findet sie vor allem drei problematische Aspekte: „Wenn man die Leute fragt, wie fühlt sich dein Leben an, kriegt man die Antwort: hetzig, beschleunigt, man steht ständig unter Druck.“ Viele Menschen seien erschöpft. Hinzu kämen Umweltverschmutzung und -zerstörung und ungleiche Reichumsverteilung. „An diese Aspekte kann man anknüpfen und sagen, darüber wollen wir hinausgehen.“

Der Druck, Profit erwirtschaften zu müssen, Sorge dafür, dass Firmen Umwelt- und Sozialrechte brächen. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel.“ *dpa*



## Kleine Parteien auf dem Vormarsch

Streit der großen Koalition hat auch Auswirkungen auf die Mitgliederzahlen in MV

**SCHWERIN** Die zahlreichen Querelen der Partner in der großen Koalition auf Bundesebene wirken sich auch auf die Mitgliederzahlen der Parteien im Nordosten aus. Während CDU und SPD eher Mitglieder verlieren, legen Grüne und AfD zu.

Den größten Landesverband besitzt mit 5135 Mitgliedern weiterhin mit Abstand die CDU. Im Saldo aus Ein- und Austritten, Zu- und Wegzügen und Todesfällen verlor die Partei seit Jahresbeginn 65 Mitglieder, wie ein Sprecher sagte. In diesem Jahr verzeichnete der Verband den Angaben zufolge aber auch 120 Eintritte. „Das sind jetzt schon mehr als im ganzen Jahr 2016.“

Die Linken, trotz stetig sinkender Mitgliederzahl noch immer zweitgrößter Partei-

verband im Land, verzeichneten Ende September 3607 Mitglieder, was einen leichten Rückgang im Vergleich zum Juni mit 3646 darstelle, sagte Landesgeschäftsführer Sandro Smolka. Im selben Zeitraum konnten aber auch 19 neue Mitglieder begrüßt werden.



Steffen Wehner Landesgeschäftsführer SPD

Sorgenkind SPD verzeichnet nach eigenen Angaben seit dem Höchststand im Februar einen Verlust von 70 Mitgliedern und hat nun 3093

Mitstreiter, wie Landesgeschäftsführer Steffen Wehner sagte. In den vergangenen, bundespolitisch konfliktreichen Monaten seien seit dem Juni 34 Menschen ein-, aber auch 47 ausgetreten. „Bei denjenigen, die begründet austreten, sind die Beweggründe überwiegend in der Bundespolitik verortet“, räumt Wehner ein.

Den größten Anstieg seit Juni verzeichnete nach eigenen Angaben die AfD. Deren Mitgliederzahl sei binnen vier Monaten von 684 auf 761 gestiegen. Damit überholte die Partei die Grünen, die 2016 knapp am Wiedereinzug in den Schweriner Landtag gescheitert waren, nun aber wohl vom bundesweiten Höhenflug der Partei profitieren. Seit Ende Juni verzeichneten sie nach eigenen Angaben ei-

nen Zuwachs um 24 Mitglieder und kommen auf insgesamt 720. Gründe sieht Parteichefin Claudia Schulz in einer großen Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, etwa beim Dieselskandal oder dem Streit um den Hamburger Forst.

Laut Parteichef René Domke sind derzeit rund 220 Menschen im Land für die FDP kommunalpolitisch aktiv, in Kreistagen, Stadt- und Gemeindevertretungen, aber auch als sachkundige Bürger in Ausschüssen. Die Partei wolle die bevorstehenden Wahlen nutzen, um sich wieder stärker auf der politischen Bühne zu zeigen. „Wir wollen ein achtbares Ergebnis bei der Europawahl und jeweils in Fraktionsstärke in die Kreistage und die Parlamente der großen Städte“ *dpa*

## Minister suchen Gespräch mit Bürgern

**SCHWERIN** Mecklenburg-Vorpommerns Spitzenpolitik sucht das Gespräch mit dem Bürger. Am 8. November wollen Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und ihre Minister bei der Aktion „Landesregierung vor Ort“ zum vierten Mal in allen Landkreisen und kreisfreien Städten interessierten Menschen Rede und Antwort stehen, wie die Staatskanzlei in Schwerin mitteilte.

Schwesig lädt beispielsweise zum Bürgerforum nach Bad Doberan ein, Innenminister Lorenz Caffier (CDU) ist in Löcknitz nahe der polnischen Grenze. Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU) werde mit seinen Gästen in Grimmen 29 Jahre nach dem Mauerfall eine Bilanz ziehen. Um das Investitionsvorhaben „Wittenburg



Beim Bürgergespräch: Manuela Schwesig

Foto: Volker Bohlmann

Village“ soll sich das Bürgerforum von Energieminister Christian Pegel (SPD) im Rathaus von Wittenburg an der A24 im Landkreis Ludwigslust-Parchim drehen. Schwesig hofft auf rege Beteiligung. „Wir wollen sowohl Anregungen für unsere Arbeit mitnehmen als auch Fragen zu unserer Politik beantworten“, sagte sie. „Dazu suchen wir vor Ort den Dialog mit unseren Gästen.“ *dpa*